

PRESSEMITTEILUNG

SPD STADTRATSFRAKTION NÜRNBERG

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

Kaufprämie für Elektrofahrzeuge startet am 2. Juli

SPD fordert Ausbau der Ladestationen in Nürnberg

Die Kaufprämie für Elektrofahrzeuge startet am 2. Juli. Die Bundesregierung will damit einen zusätzlichen Anreiz schaffen, Elektrofahrzeuge zu kaufen, und der Technologie zum Durchbruch im Alltag verhelfen.

„Elektroautos werden die Verkehrsprobleme in den Großstädten nicht grundsätzlich lösen“, meint Nürnbergs SPD-Vorsitzende Thorsten Brehm. „Aber der Verkehr würde weniger Lärm und Abgase produzieren, sofern der Strom umweltfreundlich erzeugt wird. Das wäre eine positive Entwicklung.“

Soll Elektromobilität zur Erfolgsgeschichte werden, muss nach Ansicht von Brehm aber auch die Ladeinfrastruktur deutlich ausgebaut werden. „Niemand kauft sich ein Elektroauto, wenn er es nur zu Hause aufladen kann. Damit wäre die Reichweite viel zu stark eingeschränkt“, ist sich Brehm sicher.

Die SPD wiederholt deshalb ihre Forderung nach einem städtischen Ausbaukonzept für Nürnberg und sieht die Stadtverwaltung entsprechend in der Pflicht. „Dabei sind auch die Parkhausbetreiber und Unternehmen mit größeren Parkplätzen einzubeziehen. Eine Verknüpfung mit P+R erscheint ebenso zielführend. Insgesamt ist allerdings darauf zu achten, dass nicht eine Vielzahl unterschiedlicher Zugangs- und Abrechnungssysteme entsteht“, gibt der SPD-Stadtrat zu bedenken. „Das würde die Nutzer nur abschrecken und alles unnötig kompliziert machen.“

Die Kaufprämie wird in Höhe von 4.000 Euro für rein elektrisch angetriebene Fahrzeuge und in Höhe von 3.000 Euro für Plug-In Hybride jeweils zur Hälfte von der Bundesregierung und von der Industrie finanziert. Das zu fördernde Elektroauto muss einen Netto-Listenpreis für das Basismodell von unter 60.000 Euro aufweisen, erklärt das Bundeswirtschaftsministerium.

Dabei gilt das Windhundprinzip „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst.“ Insgesamt sind 600 Millionen Euro an Bundesmitteln vorgesehen. Autokäufer können ihre Anträge beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle stellen.

Nürnberg, 01. Juli 2016